

von diesen Verprechungen, alle auf einmal, wenigstens in der ersten Zeit, versuchen durchzuführen. Und zur Durchführung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verprechungen, daran wird keine Geld- und Währungs-theorie etwas ändern, gehört noch immer in der Geschichte Geld, und das Geld muß da sein, wenn man überleben will. Und wenn man überleben will, wenn man sich die Herren hängen. Und wenn sie herangehen zu realisieren, dann würde nach ihren Verprechungen die Gefahr bestehen, daß eine Unfähigkeit in den Finanzen entstehen würde, eine Unfähigkeit, die in kürzester Zeit zu einer Zerrüttung der Währung tatsächlich führen würde.

Wenn wir herauskommen wollen aus der Not und wenn wir außenpolitisch in der Reparationspolitik einen vollen Erfolg erzielen wollen, dann ist das notwendig, was es gibt, daß die Währung unter allen Umständen stabil gehalten wird.

Es ist nicht möglich, wie in anderen Ländern, die noch keine Inflation gehabt haben, in Deutschland ein zweites Inflation zu machen. Auch das letzte Inflationen in den Werten der Mark, vom Volle erkannt, würde in wenigen Wochen zu einer Panikstimmung führen, die unsere Währung ins Bodenlose herabsinken lassen würde. Ein jeder würde versuchen, sich nicht noch einmal schädigen zu lassen wie in den Jahren nach dem Kriege. Und alles, was wir getan haben aus der Konsequenz des Scheiterns der ausländischen Kredite war letzten Endes darauf gerichtet, die Währung unter allen Umständen zu sichern, weil letzten Endes, wie die Erfahrungen der Inflation gezeigt haben, diejenigen von einer Schwächung und Zerrüttung am meisten betroffen werden, die von Haus aus schon zu den wirtschaftlich Schwachen gehören. (Sehr richtig!) Als das englische Pfund vom Goldstandard herabging, da wollte man die Reichsregierung veranlassen, ebenfalls unsere Währung an das englische Pfund anzuhängen und mit dem Werte der Mark herunterzugehen. Denn gerade in diesem Zeitpunkt, als die neuen Rechtsformen durch Notverordnung verabschiedet wurden, gab es außerordentlich viele Anteile daran, die gegen eine neue Inflation gesehen hätten, um über manche Fehler der Wirtschaftsführung der vergangenen Jahre genau so den Scheitern der Vergangenheit legen zu können, wie das in den vier Jahren nach dem Kriege durch die Inflation möglich gewesen ist. (Sehr richtig!)

Wir aber wollen unter allen Umständen trotz der Schwierigkeiten Klarheit und Wahrheit in die deutsche Wirtschaft hineinbringen.

und zwar deswegen, weil ein Volk es sich in vielen Jahren nicht leisten kann, sich über eine wirtschaftliche Situation in der Wirtschaft hinwegzusetzen, wie es in Deutschland durch die Inflation und nachher durch den ungeheuren Zustrom ausländischer Kapitalien gekommen ist, und es sich weiter nicht leisten kann, nun zu einem endgültigen Zusammenbruch zu kommen. (Starker Beifall.) Alle Maßnahmen in den letzten Notverordnungen, so hart sie auch waren und in der Zukunft sein werden, haben immer und immer wieder die Möglichkeiten geschaffen, wenn auch unter schweren Opfern, Beamtengehälter, soziale Unterhaltungen weiterzuführen. Auch wenn sie herabgesetzt wurden, sie haben es ermöglicht, trotz der Schwierigkeiten, die bei den Banken entstanden sind, unter ganzem Finanz- und Wirtschaftssystem und unsere öffentliche Finanzverwaltung über das schwerste aller Jahre, vielleicht das schwerste nach dieser Richtung hin in der deutschen Geschichte, hinwegzutreten. Das hat es uns allerdings unmöglich gemacht, die wir Tag und Nacht in mühseliger Arbeit alle Dinge prüfen und entscheiden und genutzten abwägen mußten, um keine Fehler zu begehen, so viel ins Land hinausgegeben und das deutsche Volk aufzuklären über seine wirkliche Lage. Aber, meine Damen und Herren,

wenn ich die Verfassungen in den letzten drei Jahren überlese, dann habe ich mich in meinem Glauben an das deutsche Volk nicht getäuscht.

Ich habe immer geglaubt, der Punkt ist, daß das deutsche Volk es sich leisten kann, das es nämlich in Augenblicken höchster Gefahr schon automatisch weiß, was es zu tun hat. (Beifall, Handclatschen.)

Nun sagt man, die Kandidatur des Reichspräsidenten ist eine Parteipolitik, eine Kandidatur des schwachen Volkes! Was haben denn die Dinge? Man sagt, weil der Reichspräsident sich nicht von dem Reichstanzler Brünning trennen wollte, ist es für die Rechte unmöglich gewesen, den Reichspräsidenten noch einmal aufzustellen. Wie ist es denn eigentlich gewesen?

Die Verhandlungen über die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten sind im Januar nicht etwa von ungefähr begonnen worden, sondern es haben Verprechungen und Fühlungen nach dieser Richtung hin nicht von mir, aber von anderen Persönlichkeiten aus schon lange vorher stattgefunden.

Ich habe bereits in Verprechungen persönlich die Parteiführer im Späthommer des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, im Interesse des Durchhaltens in unserer Reparations- und Währungsfrage die Wahl des Reichspräsidenten und die Wahl des Reichstanzlers wieder durchzuführen. Ein Wahlkampf in so schweren Zeiten, ein Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten, bedeutet an sich schon eine ungeheure vorübergehende Schwächung, eine Schwächung in unserer Außenpolitik. Und im Inneren werden sie es selbst wohl bemerkt haben. Diese Unruhe, diese Unfähigkeit bei diesen und diese Vorfälle in bezug auf Unternehmungen hat schon sehr schwerwiegende Folgen in den vergangenen 14 Tagen gehabt, und viele gibt es, die nicht wegen, im Augenblick Geld in größeren Unternehmungen hineinstecken, weil sie sagen: Wir wissen nicht, was vielleicht nach dem 13. März in Deutschland passieren könnte. Für unsere Wirtschaft und für alle Finanzen ist es immer Voraussetzung, daß man die Sicherheit für eine stabile und kontinuierliche politische Entwicklung und vor allem die Sicherheit hat, daß von neuen Persönlichkeiten keine politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Experimente gemacht werden. Das allein war für mich der Grund, die Verhandlungen auch mit der Rechte über die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zu beginnen. Ich habe angefangen mit der äußersten Rechte, habe dann mit den Deutschnationalen verhandelt und dann erst mit den übrigen Parteien. Das hatte seinen wohlverordneten Grund. Die Verhandlungen sind nicht geteilt an der Reichsregierung, nicht an dem Reichspräsidenten von Hindenburg, sondern

weil die Rechtsparteien sich nicht einmal über die Personalien einer ausschließlich von ihnen zu bildenden Regierung unter sich einigen konnten.

Das ist die Wirklichkeit, die hinter den Ereignissen der vergangenen Wochen und Monate steht. Und heute, wenn Sie die Zeitungsartikel, Flugblätter von Nationalsozialisten und Deutschnationalen bzw. Stahlhelm lesen, dann schäudert es Ihnen davor — und ich möchte fast sagen, es erfüllt einem davor, wie selbst zwei fähig angeblich brüderlich in der Sauburger Front vereinigten Parteien sich gegenseitig mit Schmutz belegen. (Handclatschen.) Ich habe den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg in den vergangenen zwei Monaten wiederholt im Laufe vieler Verhandlungen meine Demission angeboten und ihn mit dringenden Worten gebeten, meine Demission anzunehmen. Um die Dinge vor dem ganzen Volk klar zu machen, habe ich vorgeschlagen und mein Einverständnis damit erklärt, daß nunmehr ohne mich mit Vertrauensleuten verhandelt werden sollte mit der Rechte, ob sie dann in der Lage sein würde, eine Regierung unter sich zu bilden und mit einer solchen Regierung vor dem Reichstag zu treten. Und alle Dinge sind geschehen, nicht weil Persönlichkeiten die Verhandlungen führten, die sie zum Scheitern bringen wollten, sondern

weil Hitler und Hugenberg und alle ihre Anhänger sich über die elementarsten Dinge, die zur

Neue Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft.

Regelung des Zugaben- und Ausverkaufswesens. / Schärfere Strafvorschriften gegen Wirtschaftsspionage. / Segen die Zunahme der Einheitspreisgeschäfte. / Ermäßigung für Ausfuhrzölle. / Maßnahmen zugunsten der deutschen Holzwirtschaft.

Wichtig vor allem für den Mittelstand.

— Berlin, 9. März.

Die umfassende Notgesetzgebung vom 18. Dezember 1931 hat zusammen mit anderen Regierungsmaßnahmen und den internationalen Stillhaltervereinbarungen die im zweiten schweren Krisenwinter drohende Wirtschaftskatastrophe verhindert. Der große Grundgedanke dieser Gesetzgebung, den Wert der deutschen Mark zu sichern, hat zwar allen Bevölkerungsklassen schwere Opfer auferlegt, ihnen aber auch wichtige Entlastungen gebracht. Das Vertrauen in die Beständigkeit der Wirtschaftsfundamente und insbesondere der Währung erfährt weitere Steigerung. Nur auf der so gewonnenen Grundlage konnte das deutsche Bankwesen wieder aufgebaut und teilweise neugegründet werden. Die fortgesetzte Entlastung der Reichsbank seit Jahresbeginn ermöglichte eine weitere Herabsetzung des Reichsbankdiskontos um 1/2 auf 6%. Die Geldbewegung bei den Banken und Sparkassen und der Rückfluß zurückgehaltener Notenbestände sind klare Beweise für die Erneuerung und das Wachsen des Vertrauens.

Diese vom klaren Grundgedanken und fester Zielsetzung getragene Notgesetzgebung bedarf jetzt der Ergänzung. Diese Ergänzungen bringt die heute vom Reichspräsidenten vollzogene Verordnung zum Schutze der Wirtschaft. Soll die Wirtschaft weiter gelunden, so darf der freie Wettbewerb im täglichen Leben nicht von überkegerten oder unautonomen Mächten gefährdet werden in einer Zeit, wo die Erhaltung der Lebensfähigen und schutzwürdigen Träger des Wirtschaftslebens unbedingt erforderlich ist. In dem schweren Ringen Deutschlands um seine handelspolitischen Interessen bedarf es weiterer Hilfestellungen gegen die zunehmende Bedrohung von draußen. In diesem Sinne ist der am 29. Februar bekanntgegebene Oberzolltarif zum Vollzolltarif zu verstehen. Gleichwohl sollen die Ermäßigungen an die Reichsregierung wirken, die erneut in Kraft gesetzt und durch eine weitere ergänzt werden.

Zu den einzelnen Teilen der neuen Notverordnung ist zu bemerken:

1. Die Reformen, die durch Gewährung von Zugaben Formen, die einer gesunden Wirtschaftsführung nicht mehr vereinbar sind, da darunter die Preisbemessung oder die Qualität der Hauptware leidet. Darum läßt die Verordnung gegenwärtigen Reklamagegenständen mit Reklameaufschriften und unbedeutenden Kleinigkeiten Zugaben nur zu, wenn der Verkäufer auf Wunsch des Käufers statt der Zugabe einen bestimmten Geldbetrag entrichtet, der nicht geringer sein darf, als der Einheitspreis für den Zugabeartikel. Verboten werden Zugaben, die als Geschenk bezeichnet oder von einer Verlosung oder einem sonstigen Zufall abhängig gemacht werden. Um eine Frist für die Umstellung auf den neuen Rechts-

zustand zu bilden, treten die Vorschriften erst am 10. Juni d. Js. in Kraft. Sind bereits vorher Zugaben vorgelegt, so bleiben die Vereinbarungen in Kraft, die über die Zugabe getroffen sind.

2. Auch auf dem Gebiete des Ausverkaufswesens wies man Mängel, die kleine Gegenstände erforderlich. Die Notverordnung sieht daher vor, daß Ausverkäufe nur noch unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden sind verschärft. Außerdem ist die Schaffung von Einheitspreisen vorgeschrieben, die bei Verlässen auf Anrufen einer Partei eine gütliche Einigung versuchen sollen.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsspionage haben sich ebenfalls im hohen Grade bedenkliche Erscheinungen gezeigt. Die geltenden Strafvorschriften reichten nicht aus, um die deutsche Arbeit und Wirtschaft in dem erforderlichen Maße dagegen zu schützen. Um weiter nicht wieder gutzumachende Schädigungen der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern, ist sofortige Hilfe dringend geboten. Die Notverordnung trifft daher einschneidende Maßnahmen, die die empfindlichsten Lücken des bisherigen Rechts zu schließen.

3. Die Bestimmungen im dritten Teil über die Einheitspreisgeschäfte enthalten eine auf zwei Jahre bemessene Sperre für die Errichtung weiterer Verkaufsstellen von Einheitspreisgeschäften in Städten unter 100 000 Einwohnern. Den mittelständigen Einzelhandelsbetrieben in den mittleren und kleineren Städten soll dadurch ein gewisser Schutz ihres Bestandes gesichert werden. Für die Großstädte dagegen ergeben sich durch die Eingriffe keine Nachteile. Es ist nicht erforderlich, eine solche Eingriffe durch die Einheitspreisgeschäfte für den einzelnen Händler verhältnismäßig leichter erträglich als in kleineren Orten. Um übrigen geht die Reichsregierung davon aus, daß es noch weiterer Erfahrungen bedarf, die weiteren Bestimmungen beziehen sich auch auf die bestehenden Einheitspreisgeschäfte und betreffen die Beteiligung von Mitbeteiligten. Die Reichsregierung konnte sich bei Erlass dieser Maßnahmen weitgehend auf umfassende Beratungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat stützen.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. 12. 31 war die Reichsregierung ermächtigt worden, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die geltenden Gesetze abzuändern und die vorläufige Anwendung vorläufiger Wirtschaftsgesetze mit ausländischen Staaten zu vereinbaren. Die Ermächtigung hat durch die Wiederübernahme des Reichstages am 23. Febr. 1932 ihre Gültigkeit verloren. Die Gründe, die zum Erlass der Notverordnung geführt haben, bestehen jedoch fort. Die handelspolitische Lage erfordert, daß jederzeit neue Vereinbarungen mit ausländischen Staaten geschlossen und sofort vorläufig angewendet werden können. Weiter war es geboten, die Reichsregierung zur Einführung von Ausfuhrzöllen zu ermächtigen, um in dringenden Fällen schwere Schädigungen der Wirtschaft abzuwenden oder abzumildern zu können.

5. Durch die Vorchrift im Teil 5 werden zu Gunsten der deutschen Holzwirtschaft Maßnahmen getroffen, die den Preisdruck auf der Holzmarkt abmildern. Die neuen Bestimmungen bedeuten eine Abkehr vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit und sind als Ausnahme für die Kriegszeit gedacht. Wie die gesamte Notgesetzgebung sind sie aus der Entschlossenheit der Reichsregierung zu verstehen, die Wirtschaft zu schützen, die in der Zeit der Notlage eine organische Einheit und werden dem Wirtschaftsleben an bedrohten Punkten Schutz und Hilfe sein.

erklären, daß es niemals Abzicht gewesen ist von irgend einer preußischen oder Reichsregierung, die Preußen wahlen über den Reichspräsidenten, die hinauszuweisen. Man arbeitet fortwährend mit Behauptungen über die Diktaturen und die Gefährdung des Reiches. Möge man wählen in Diktaturen wie man will, ich kann mir nicht vorstellen, daß man dem Sieger von Tannenberg, dem Sieger so vieler Schlachten an der ostpreussischen Grenze, die zu den größten der Weltgeschichte gehören, daß man den Mann, der dafür sorgte, daß Hunderte von Millionen für die wirtschaftliche Rettung Ostpreußens in den vergangenen Jahren gegeben worden sind, daß man diesen Mann endlich in Diktaturen aufgeben könnte. Es wäre für den deutschen Osten eine Entehrung, wenn er die Treue und die Dankbarkeit gegen den Feldmarschall von Hindenburg vergessen würde. Und dann sagt man: Wie kann man einen so alten Mann überhaupt noch einmal zum Reichspräsidenten wählen? Ich habe gestern in Düsseldorf daran erinnert:

Sind es nicht Männer gleichen Alters gewesen in der deutschen und preussischen Geschichte, die immer wieder einen Höhepunkt in unserer machtpolitischen Stellung bedeutet haben?

Ging, solange Wilhelm I. an der Spitze des deutschen Reiches stand, nicht unsere Entwicklung bergauf? Hat nicht Wolke mit 60 Jahren noch mit vollem Erfolg Generalstabsgeschäfte geleitet und sind nicht alle diese Männer, wie Wilhelm I., Wolke und Schlieffen viel zu früh durch Tod oder andere durch Entlassung in einen gleich hohen Lebensalter aus der Verantwortung herausgerissen worden? Wenn diese Männer länger in der Verantwortung geblieben wären, dann wäre es zweifellos anders gewesen in der Geschichte des letzten Jahrzehntes vor dem Kriege und in der folgenden Entwicklung in Europa.

Wenn die Führer dieser Parteien mit dem Herrn Reichspräsidenten, wie das geschehen ist, wiederholt auszusprechen haben, so müssen sie sich doch ein wirtschaftliches Urteil über die Persönlichkeiten des Herrn Reichspräsidenten bilden können. Und ich, der ich das Glück gehabt habe, nahezu zwei Jahre lang dem Herrn Reichspräsidenten häufig Vorträge halten zu können und mich mit ihm zu unterhalten über alle möglichen Dinge, ich kann Ihnen nur das eine sagen:

Wolfgang habe ich in den Politiken der jüngeren Generation noch keinen Menschen entdecken können, der die politischen Dinge so klar und einfach sieht und darlegen kann, wie es der Feldmarschall von Hindenburg tut.

Die klassische Erziehung der Moltke-Schleiffenschen Schule, die der Feldmarschall in den früheren Jahrzehnten gegeben hat, befähigt ihn dazu, politische Situationen ohne jede Selbsttäuschung, ohne jede Illusion über die Machtverhältnisse und ihren Charakter und ihre Chancen zu fassen, darzustellen. Es gehört dazu, daß in einem Mann an der Spitze eines Staates Reife, Erfahrung, Verstand, die über alles zu denken ist, und der, was im deutschen Volke besonders notwendig ist, eine gute und sichere Menschenkenntnis und Charakterbeurteilung hat. Hindenburg wirkt nach dem Grundgesetz, der vielfach heute in der Politik und sonst auch im deutschen öffentlichen Leben vergessen ist, mehr ein als zu sein, und das ist der Grund, weshalb er in großer Zeit unter Wilhelm I.

Deutschland hochgebracht hat. (Lebhafter Beifall.) Wenn jemand innerlich beiseite ist, trotzdem er über alle Seiten als unantastbare historische Persönlichkeit bereits steht, so ist es

unverantwortlich, daß man es wagt, namentlich die Jugend gegen ein solches Ideal, gegen eine solche Autorität und gegen ein solches Staatsmännchen und menschliches Ideal aufzustufen.

Selbst ein Führer des Stahlhelms hat vor einigen Tagen in Berlin schon gesagt, daß es das schwerste an der Partei auf sich geladen habe, daß sie die deutsche Jugend zur Disziplinlosigkeit erzieht. Das darf nicht sein, die Jugend hat gewiß ein Anrecht darauf, vorwärtszutreten zu einer glücklicheren Zukunft, aber das Anrecht, die innere Reife zu haben, aber die praktische Arbeit, die den Weg dazu aber nicht allein, die ruht am besten in den Händen eines Staatsoberhauptes, der über die wahre Lebenserfahrung und über die größte Achtung in der Welt tatsächlich verfügt. Und wenn man erzählt wird und in der Agitation Stimmung gemacht wird, als ob die ganze Welt auf die Wahl Hitler war, so kann ich darüber gar nichts anderes sagen, als das alles mitteilend zu belächeln. So trüht ist die Welt tatsächlich nicht, und so trüht ist auch die Wähler im Lande nicht, daß man sich nicht ganz nüchtern die deutsche Situation anschaut. Auch nach den Persönlichkeiten, die verantwortlich sind für die Geschichte Deutschlands, kann man die politischen Möglichkeiten Deutschlands in der Zukunft beurteilen.

Eine Empfehlung für die Rechte und für ihren Kampf ist es nicht gewesen, daß man in den Augenblick, wo die Reichsregierung um Reparationen und Währungsstützung zu kämpfen hat, einen innerpolitischen Kampf hier entfesselt hat, der im Interesse des deutschen Volkes ganz gewiß nicht liegt und in Zukunft nicht liegen wird.

Ich muß das sagen, es ist verantwortungslos, daß man gerade in diesem Moment das Volk aufputscht, gereizt mit Verärgern und Verwirren, in einem Augenblick, wo es hinter dieser Regierung, oder, wenn ich nicht dabei bin, jeder anderen Regierung das ganze deutsche Volk zur Stütze in ihrem Kampf in der Außenpolitik stehen müßte. Das ist keine Empfehlung nach staatsmännlicher Hinsicht in den Augen aller klugen und nüchtern denkenden Menschen in der Welt und vor allem in Deutschland, daß man in einem Augenblick, wo man mühselig Monat für Monat die Finanzen sichern muß, wo man den Kredit der deutschen Banken, wie es in den vergangenen Tagen getan wurde, in einem in der Wirtschaftsgeschichte nicht da gemessenen ungeheuren Ausmaß wieder aufbaut, nicht Vertrauen schafft, sondern daß man das Volk aufputscht, Unruhe, Nervosität in alle deutschen Menschen hineinträgt. Es wäre wirklich ein Opfer gewesen, sich mutig als Mann und als Partei außer den Kommunisten hinter der großen Feldmarschall zu stellen und der Welt zu zeigen, daß wenigstens einmal in einer unruhigen entscheidenden Stunde das deutsche Volk sich einigen konnte. (Stürmischer Beifall.)

Wenn ich nochmals zum Schluß ein paar Worte sagen darf über das, was ich über diese ganze Agitation persönlich denke: Wenn in den vergangenen Jahren diejenigen, die heute den Herrn Reichspräsidenten nicht wählen wollen, die die Reichsregierung bekämpfen, so wie sie heute ist, und so wie sie ihre parlamentarische Unterfütterung hat, dann muß ich daran erinnern, daß nicht nur einmal, sondern viele Male die Rechte die Möglichkeit gehabt hat, an der Verantwortung für den Staat in bestimmtem Maße teilzunehmen. Und nicht nur im Reich, sondern auch anderswo.

Aber so ist es immer gewesen, wenn unglückliche und schwere Situationen gekommen sind, dann hat man sich aus der Verantwortung gelöst, und dann haben immer dieselben Parteien in die Rechte springen müssen, um Deutschland zu retten, um die unpopuläre Politik zu machen und den unpopulären Kampf für Deutschlands Zukunft und Freiheit durchzuführen. Dafür werden sie nachher als Träger des Schicksals bestimmt.

Das läßt uns absolut ruhig und kühl, denn heute, wie in den vergangenen zwei Jahren und in den nächsten Monaten wird das deutsche Volk nun den Weg weitergehen können, den wir gegangen sind, einen Weg, der Tag für Tag und Stunde für Stunde am Abend vorübergeführt hat, ein Weg, der notwendig war und der notwendig sein wird unter allen Umständen, wenn man nicht kurz vor dem Ziel schlapp machen will, ein Weg, der allein die Abwehrung der Welt, ein Weg, der notwendig ist, und ein Weg, der vielfach dem Volk auf befehlende Reden geben, nicht entspricht. Ein Weg der Vorwärts, allerdings, wie ihn auch Bismarck in der Außenpolitik gegangen ist. Wie vorfristig und führend ist Bismarck nach 1871 mit jedem einzelnen Schritt gewesen. Es gehört nicht dazu, das Glück eines Volkes namentlich aus schwerer Not für die Zukunft zu schaffen, wenn man sich hinsetzt, große Worte redet, das Porzellan zerbricht, sondern

daß man den Mut hat, erst einmal die wirtschaftliche und finanzielle Grundlage für eine Außenpolitik zu schaffen, daß man den Mut hat, die Verantwortung und Opferbereitschaft, sich dafür von allen Seiten beschimpfen zu lassen.

Der Aufstieg eines Volkes aus Armut und Bitterkeit ist niemals durch einen ruhigen Optimismus, durch große Verheißungen erreicht worden, sondern er ist nur erreicht worden durch klare und zielbewusste Verantwortung, durch mutiges Hinnehmen von Vordringen, von Menschen, denen die Dinge nicht schnell genug gehen, und vor allem auch nur dann erreicht worden, wenn man weiß und wenn die Politiker wissen,

daß wir einem Manne dienen, auf dessen Charakter, dessen Erfahrung und Weitsicht und Treue wir Berge bauen können.

(Lebhafter Beifall.) Um in der Politik große Erfolge zu erzielen ist nicht, wie man vielfach meint, eine besondere taktische Geschicklichkeit erforderlich, nein, die Dinge sind letzten Endes nach dieser Richtung hin etwas einfacher. Es gehört Vertrauen dazu, und es gehört Treue dazu unter den Menschen, die miteinander arbeiten. Ohne diese Charaktereigenschaften kann der klügste Mann sein Vaterland nicht aus bitterster Not wieder herausheilen.

Ich möchte, der ich heute zum letztenmal hier in Düsseldorf spreche, damit ich Ihnen, daß ich Ihnen sage und wiederholt unterbreite, womit ich im Reichstage geschlossen habe:

Wenn es mit in diesen zwei Jahren, von deren Schwierigkeiten und Mühen im einzelnen wenige Menschen nur etwas wissen, möglich gewesen ist, in jeder Stunde die Dinge durchzuführen, dann ist es einmal deswegen gemildert (Beifall) und zweitens, weil ich einem Charaktereigenschaften aber auch von dieser geschäftlichen Größe, wie es Herr Feldmarschall von Hindenburg ist, dienen konnte. (Lang anhaltender stürmischer Beifall.)

Ich habe mein Leben in der großen Schule der Pflichterfüllung in den alten Armeen verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterlande zu tun.

Ausf.

a. B. 60 0 1
verfüllte B.
Verbot des Aus-
handels mit Zin-
saufmerksam gem.

S. B. 60 0 1
Stappen (W.)
Geburtsst. in
wünschen dem
einen sonnigen L.

S. B. 60 0 1
des Jünglings
Baderlehrer
Westerfeld, W.
Sengel, W.
Gildhuis, J.
den, Franz D.
J. H. H. H.

Vollso
ts. B. 60 0 1
Wahlfesttag
sereins für
aktuelle H.
H. H. H. H.

S. B. 60 0 1
des Jünglings
Baderlehrer
Westerfeld, W.
Sengel, W.
Gildhuis, J.
den, Franz D.
J. H. H. H.

Kartasarbe
X. B. 60 0 1
hat in diesem
Kartoffeln (u.)
im Bericht über
Not geratene M.
Verein ein nam.
Winterhilfe
liebe, die alle M.

450 Ei
Auch in 2

Der Bollgebe
Klosteren Jahre,
nehmen, dem in
weisen werden
jährigen freier
C. 60 0 1. Da
M. H. H. H.

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Wiederhol
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1
L. B. 60 0 1

Boßolt, den 5. März 1932.
Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde.



Hut und Hut ist zweierlei.....

die von uns sitzen famos, kleiden elegant und
sind preiswert.

Beachten Sie unsere Fenster

Everhard Heißen

Geld zu verge
Franz
Gartenst

Gegen Radikalismus - für Hindenburg!

Gewaltige Kundgebung der Christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Standesvereine im Paulushaus.

sch. Bocholt, 9. März.

Sofort nahm

Schriftleiter Maier

Dem Aufruf, den das Ortskartell Bocholt der Christlichen Gewerkschaften und die konfessionellen Standesvereine an ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Kundgebung im Paulushaus ergingen, hatten, hatte man außerordentlich zahlreich Folge geleistet. Nicht nur der große und der kleine Saal waren schon lange vor Beginn bis auf den letzten Platz besetzt, sondern auch vor den Eingängen des Saales bis weit in den Wirtschaftstraum hinein hatten sich die Massen, und gar mancher mußte umkehren, da er keinen Einlaß mehr fand. Trotz dieses Massenandranges, trotz dieser beispiellosen Fülle verließ die Kundgebung ohne die geringste Störung. Nur ein einziger Polizeibeamter hatte sich am Eingang des Saales postiert, und auch der brachte nicht ein einziges Mal in Funktion zu treten. Ein Beweis, daß auch in dieser aufgewühlten Zeit es noch möglich ist, eine Massenkundgebung abzuhalten, ohne Sturmbesteigungen aufmarschieren zu lassen und sonstiges Theater zu inszenieren.

Als Hauptredner hatte man den Schriftleiter Maier (Düsseldorf) von der Textilarbeiter-Zeitung verpflichtet, womit man einen sehr guten Griff getan hatte. In überaus sachlicher und doch nicht mißzuverstehender Weise rechnete er mit dem Radikalismus, insbesondere mit den Nationalsozialisten ab. Im ersten Teil seiner Ausführungen ging er auf die Ursachen all des Elends ein, das uns heute bedrückt und das so viele in die Arme des Radikalismus getrieben hat. In überzeugender Weise wies er nach, daß dieses Elend nicht, wie es unglückliche Mäße von radikaler Seite behauptet wird, auf das verhängnisvolle „System“ zurückzuführen ist, sondern daß hier weltwirtschaftliche Ursachen im Spiele sind, die zu weitern die Regierung allein nicht in der Lage ist. Wie sehr aber haben sich die Ausführungen des Redners etwa von jenen des nationalsozialistischen Redners am vergangenen Sonntag ab, der das gesamte Elend reiflos der deutschen Regierung in die Schuhe schob. Mit derartigen „Beweisführungen“, wie wir sie am vergangenen Sonntag erleben, kann man allerdings vor politisch gelaunten Gewerkschaftlern und Windthorstbündlern keine Vorbeurteilungen ernten, damit kann man höchstens politische Radikale, die bis vor kurzem sich nur für den Sport zu begeistern wußten und plötzlich ihre „politische Überzeugung“ haben, hinter's Licht und schließlich in den Abgrund führen.

Immer und immer wieder wurden die Ausführungen des Redners von stürmischen Beifallsbezeugungen begleitet, die sich geradezu zu einem Orkan steigerten, als er mit Nachdruck in die Massen rief, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei mit Arbeiterumverdaumt wenig zu tun habe. Es war fürwahr die erste große Woge dieser Partei, als sie sich den Namen Arbeiterpartei gab! Hat doch der Zusammenbruch des Nordwestkongresss klar bewiesen, von welchen Geldern die Hitlerleute ihre großen Ausgaben bestreiten! Und hat sich nicht herausgestellt, daß für die Hitlerleute im Ruhrgebiet jede Tonne Kohle mit 50 Pfennigen belastet ist! Als vor einigen Wochen Adolf Hitler in Düsseldorf hinter verschlossenen Türen vor den Großindustriellen gesprochen hat, da hat zum Schluß seiner Ausführungen ausgerechnet der größte Reaktionsär, der Großindustrielle Thyssen, ausgerufen: „Sei Hitler!“ Und schließlich zeigen die Ausführungen Hitlers über die Demokratie, daß man in Deutschland trotz aller Versprechungen und Erklärungen bestrebt ist, auf ungesicherten Wege die Diktatur zu errichten! Gegen eine solche Diktatur wendet sich die christlich-nationale Arbeiterpartei mit aller Schärfe und sie wird ihr, wie der Redner betonte, gegebenenfalls zu begegnen wissen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen legte der Redner ein herrliches Treuegebotnis für Hindenburg und Brüning ab. Die christlich-nationale Arbeiterpartei wird am kommenden Sonntag in Hindenburg den Dank für seine Treue zollen, der ihm gebührt und den das deutsche Volk ihm schuldig ist. Es wird mit dazu beitragen, dem Radikalismus einen Stoß zu versetzen, von dem er sich nicht mehr erholen wird. Jede echte deutsche Frau und jeder wahrhaft deutsche Mann wird Hindenburg, dem Hüter der Ruhe und Ordnung, der Freiheit und Gerechtigkeit, seine Stimme geben. Denn wird Hindenburg wieder Oberhaupt des deutschen Reiches, dann ist der Weg frei für den endlichen Wiederaufstieg unseres gekümmerten Volkes.

Gewerkschaftssekretär Görtzel

eröffnete die Kundgebung mit etwa folgender Ansprache: Wenn wir uns in dieser außergewöhnlich ersten Zeit zusammengefunden haben, so deshalb, um zu der augenblicklich ersten Situation auch als christliche Arbeitnehmerbewegung Stellung zu nehmen. Reaktionsäre Kreise sind mit aller Macht daran, die Arbeiterpartei wieder in frühere Rechtslosigkeit usw. zurückzuwerfen. Gegen diese Bestrebungen gilt es, Front zu machen. Front zu machen gilt es auch gegen den Radikalismus von rechts und links, gegen einen Radikalismus, dessen Wege gekennzeichnet sind durch viele schwerverlebte und tote deutsche Volksgenossen. Front machen müssen wir gegen einen Radikalismus, der sich einerseits nicht scheut, in unverständlicher Weise die Gottlosigkeit zu propagieren, der uns andererseits mit einem neuen deutschen Aukrizientum beglücken will. Front zu machen gilt es gegen einen Radikalismus von rechts und links, der die Diktatur will, eine Diktatur, die sich aufbaut auf dem reinen Machtgedanken. Eine solche Diktatur lehnen wir als christliche Arbeitnehmerpartei ab.

Gott sei Dank kann man feststellen, daß die bisher in Bocholt veranstalteten Wahlversammlungen ruhig verlaufen sind. Ich hoffe, daß das Gleiche bei dieser Versammlung zu verzeichnen sein wird. In der Einladung zu dieser Versammlung haben wir vermerkt, daß auch Freunde unserer Bewegung freundlich eingeladen seien. Sollten sich Andersdenkende im Saale befinden, so mögen sie ruhig da bleiben und sich anhören, was wir zu der augenblicklichen Situation zu sagen haben.

von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort zu seinem Referat. Er führte etwa folgendes aus: Wir sind uns alle einig darüber, daß die Reichspräsidentenwahl eine Entscheidung fallen wird, die von außerordentlicher Tragweite für das ganze künftige Schicksal des deutschen Volkes ist, von der die ganze deutsche Politik in den nächsten Jahren, vielleicht sogar das Schicksal des deutschen Volkes überhaupt und der deutschen Arbeiterpartei im besonderen abhängig ist. All das zwingt uns, zu den gegenwärtigen Dingen Stellung zu nehmen, auch zur Frage der Reichspräsidentenwahl, die man zunächst eine rein politische Angelegenheit nennen könnte. Man könnte uns darauf hinweisen, daß die Gewerkschaften „partei-politisch neutral“ sind und deshalb nicht das Recht hätten, in die parteipolitischen Fragen der Gegenwart einzugreifen. Wir sind uns sehr wohl klar hierüber. Wir werden uns niemals als Gewerkschaftsbewegung abhängig machen von einer Partei und niemals in das Schlepptau einer Partei nehmen lassen und uns nie einmischen in parteipolitische Schwierigkeiten.

Über wir sind uns auch klar darüber, daß parteipolitische Neutralität unserer Bewegung nicht Grundlosigkeit sein kann.

Das ist unsere grundsätzliche Stellungnahme. Die Entscheidung, um die es geht, ist ebenfalls grundsätzlicher Art. Es geht um den christlich-sozialen Volksstaat. In dieser Frage kann keine Bewegung vorbeigehen. Wir sind aber immer bestrebt, rein sachlich unsere Meinung zu klären und objektiv unser Urteil abzugeben. In diesem Streit parteipolitischen Meinungen müssen wir uns Klarheit schaffen über das, was überhaupt ist. Wir müssen wirtschaftlich und weltwirtschaftlich die Lage der deutschen Wirtschaft erkennen und sie auch von christlichen Gesichtspunkten aus betrachten. Wir müssen unsere Beurteilung hineinstellen in den großen Zusammenhang weltwirtschaftlicher Dinge und der gesamten politischen Lage und daraus die Konsequenzen für uns ziehen. Wir müssen uns auf das Gebiet der Weltwirtschaftslehre begeben, auf dem es keinen Streit geben kann. In den verschiedenen Vereinen, Versammlungen, wirtschaftlichen Organisationen hat man sich mit diesen Fragen befaßt. Die Weltwirtschaftslehre hat in einem Ausmaß wie kaum je zuvor die Welt betroffen. Es tauchen Zusammenhänge auf, die national kaum beeinflußt werden können. Das Verlangen der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker hat in den letzten Jahren zu einem völligen Zusammenbruch in der Rohstoffwirtschaft und der Absatzmärkte der ganzen Welt geführt. Wir sehen einen ungeheuren Kaufkraftschwund von Millionen Menschen, den ungeheuren Leerlauf der Weltwirtschaft, die zunehmende soziale Not und wirtschaftliche Zerrüttung der ganzen Welt. Wir erleben den Zusammenbruch des weltwirtschaftlichen Kapitalmarktes, von dem alle wirtschaftliche Tätigkeit abhängig ist.

Überall sehen wir zunehmende Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Erschwerungen. Selbst in Frankreich, das glaubte, die Krise fernhalten zu können, muß die stetig zunehmende Verschärfung dieser Krise spüren! Der internationale Zahlungsverkehr geht in der primitiven Form des Goldtauschs über und transportes vor sich. Das Volumen der weltwirtschaftlichen Tätigkeit ist in den letzten drei Jahren zurückgegangen bis auf den Stand von 1880!

Und nun wissen wir, daß das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft in ganz besonderem Maße vorbelastet und mehrbelastet sind und darum besonders direkt und indirekt der Folgen des Krieges direkt und indirekt teilhaftig sind! Deutschland war nach dem Kriege ein ruiniertes Land, das allmählich sich wieder in das weltwirtschaftliche Getriebe einbauen mußte. Wir haben bis jetzt etwa 70 Milliarden Mark an Reparationen gezahlt, das ist mehr als Zeiten als Einkommen des gesamten Volkes zugehen konnte! Und wenn wir noch die Inflation erwägen, dann wird uns klar, daß die Weltwirtschaftslehre sich auf das deutsche Volk mit doppelter Wucht und doppelter Tragik auswirken mußte. Das deutsche Volk hat an direkten und indirekten Kriegskosten alljährlich etwa 27 Milliarden Mark anzugeben; jede Arbeiterfamilie zu durchschnittlich vier Köpfen hat jährlich 800 Mark allein für die Wiedergutmachung aufzubringen! Während die Franzosen nach 1871 pro Kopf nur 100 Mark an Kriegskosten aufzubringen hatten, hat das deutsche Volk bis heute pro Kopf der Bevölkerung 1300 Mark aufzubringen müssen.

Immer mehr sieht man heute ein, daß die Reparationszahlungen weltwirtschaftlich ein ungeheurer Irrtum waren. Die ständige Schwächung der deutschen Wirtschaft wirkte sich zum Schaden der ganzen Weltwirtschaft aus. Vor allem ist die Anhäufung von Kapital in einzelnen Ländern und der Kapitalmangel in anderen Ländern durchaus ungesund. Die sogenannte Reparationszahlung des deutschen Volkes ist ein Unrecht, da sie mit Wiedergutmachung überhaupt nichts mehr zu tun hat. Das Wort Reparation ist eine ungeheure Lüge. (Beifall) Sehr richtig! Die deutsche Regierung hat längst den

Beweis angetreten, daß bisher 70 Milliarden Mark an Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete abgeführt wurden, während tatsächlich nur 60 Milliarden Mark hierfür benötigt wurden. Man will eben durch die Tributzinsen bewußt den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands verhindern.

Der deutschen Politik sind augenblicklich sehr enge Grenzen gesetzt, von denen sie überhaupt ausgehen kann. Angehts dieser Tatsache wäre mehr denn je die politische und nationale Geschlossenheit des deutschen Volkes notwendig. Aber von dieser politischen Geschlossenheit ist das deutsche Volk weit entfernt. Der Mahnruf Siegerworts im Jahre 1930 zur Sammlung der national und sozial gesinnten deutschen Volksguppen ist vergeblich gewesen.

Wir mühten eine soziale Einstimmigkeit in den letzten Jahren herzustellen, wie sie schlimmer kaum sein kann. Befestigung der Sozialpolitik, Lohnabbau und soziale Reaktion auf der ganzen Linie. Aber auch auf politischem Gebiet vermühten wir die politische Verantwortlichkeit. Partei steht gegen Partei. Man will nicht erkennen, daß das deutsche Schicksal gemeinsames Schicksal aller Deutschen ist.

Man gibt in gewissen Gruppen das Volksganze bewußt preis zugunsten eigener Parteinteressen. Die Folgen haben sich gezeigt, indem man das Rettungswerk der Regierung in den letzten Jahren immer wieder erschwert hat. Immer wieder mußte festgestellt werden, daß man bestrebt war, das deutsche Volk politisch, wirtschaftlich und sozial zu spalten und die Einheit zu untergraben. Das war gewiß keine schwere Aufgabe!

Es ist kein Kunststück, ein Volk, das in so großer Not steht mit Phrasen zu verhehlen, ihm Wunschbilder an die Wand zu malen, es abzugeben von einer Politik, die dem Volk auch Opfer auferlegt.

Wir haben schon einmal eine Politik in Deutschland erlebt, die sich die Sache sehr leicht machte (Zitation, ausländische Kreise). Aber wir müssen uns klar darüber werden, wozu eine solche Politik führen muß. Welche Tragik bedeutet es für die Arbeiterführer, wenn sie immer wieder den unteren Schichten Opfer auferlegen mußten, weil es anders nicht ging! Brüning hat erklärt, es wäre nicht schwer, durch eine Inflation über die jetzigen Schwierigkeiten hinwegzukommen, aber was dahinter steht, sei eine andere Frage.

Die Politik der Regierung ist eine Politik auf weite Sicht und demnach der einzig richtige Weg, der uns aus dieser Misere herausführt!

Man hätte glauben sollen, daß die Kreise, die sich „national“ gebären, die Regierung in dieser schweren Arbeit unterstützen würden. Aber wir haben erleben müssen, wie in einer Zeit, da die Regierung sich gegen die Reparationen wehrte, deutsche Unternehmer erklärten: Die Reparationen sind nicht das Schlimmste, schlimmer ist die soziale Situation. Immer wieder wurde ausländischen Pressevertretern eher bekannt gegeben als Hindenburg. Ja, die Nationalsozialisten sprechen es der Regierung ab, für das deutsche Volk zu sprechen. (Beifall) Wie hat man Hindenburg beschuldigt und beschimpft! (Stürmische Beifälle) Ich weiß nicht, wie man so etwas noch national nennen kann. (Sehr richtig!)

(Zuruf: Wie war es 1925?) Es ist richtig, 1925 fand die christliche Arbeiterpartei gegen die Kandidatur Hindenburgs, weil wir einen eigenen Kandidaten, Marx, hatten. Inzwischen aber haben wir erlebt, daß Hindenburg jene Leute ernannte, die durch seine Wahl politische Geschäfte mit ihm machen wollten. (Stürmische Beifälle) Wenn heute die christliche Arbeiterpartei zu Hindenburg steht, dann geschieht dies aus der Erkenntnis heraus, daß er der richtige Mann am richtigen Platz ist.

Ich finde keinen schlimmeren Verrat in der deutschen Politik, als daß jene Leute sich heute von ihm abwenden und ihn gar beschimpfen, die ihm seinerzeit den Treueeid geleistet haben! (Beifall)

Aber die Stellungnahme der christlichen Arbeiterpartei zu Hindenburg wird auch getragen aus grundsätzlichen, aus sozialen Erwägungen. Was wir heute in den radikalen Gruppen sehen, steht auch im Gegensatz zur christlichen Weltanschauung! Wir kennen die Anwürfe des Radikalismus gegen den Katholizismus, seine Einstellung zum Papsttum. Diese Tathage aber zwingt uns, eine grundsätzliche Stellung zum sozialen Hindenburg hat auch seine Verpflichtungen dem sozialen deutschen Volk gegenüber gewahrt. Wir haben oft Kritik geübt an der Sozialpolitik der Regierung, aber wir haben die Begründung dieser Politik anerkannt. Der Hintergedanke dieser Politik war die Erhaltung einer grundsätzlichen Sozialpolitik. (Beifall)

Wer aber sind die Hintermänner der Opposition gegen Hindenburg? Es sind überlistige Sozialreaktionäre, die seit Jahren gegen eine aufkommende Arbeiterbewegung, gegen die Gewerkschaften kämpfen, deren Ziel die Verwirklichung der unsozialen Vorkriegspolitik ist. Augenblicklich, der Vertreter der westdeutschen Schwerindustrie, wurde mit der Schaffung einer „nationalen“ reaktionären Presse beauftragt, deren „Segnungen“ wir ja kennen. Ich wäre heute bei Hitler, wenn er das erreichen könnte, was er alles verspricht.

Aber welche Versprechungen wird Hitler halten, falls er einmal an die Macht kommen sollte: diejenigen, die er der Schwerindustrie gegeben hat, oder jene Versprechungen, die er der Arbeiterpartei gegeben hat? Solange Hitler dieses Doppelgesicht und diese Doppelzüngigkeit nicht ablegt, gibt es nur eine Stellungnahme gegen ihn!

Was wird die Folge einer Diktatur Hitlers sein? — Das deutsche Volk wird sich von 20 Millionen Nationalsozialisten niemals terrorisieren lassen! Die N.S.D. A.P. aber hat mit Arbeiterumverdaumt wenig zu tun! (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Und glaubt man, die Gruppen, die links von uns stehen, würden ein Hitler-Deutschland ertragen? Die Folge wäre eine Diktatur von links! (Beifall) (Beifall) Uns aber sind die sozialen Erfolge zu wertvoll, als daß wir sie preisgeben würden! (Beifall)

Es ergibt sich darum für uns nur eines: Der Name Hindenburg ist uns Gewähr für eine Politik der geraden Linie, die auf das soziale Wohl des ganzen deutschen Volkes bedacht ist. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Hindenburg hat erklärt, daß er sich nicht für Sonderinteressen preisgeben werde. Man möchte wünschen, daß diejenigen, die sich so „national“ gebären, eine solche Treue aufbringen würden wie Hindenburg. Aber wir kennen auch keine Trennung zwischen Hindenburg und Brüning! Wir kennen nur eine treue Geschlossenheit, eine klare Einstellung zur Regierung Brüning. Es geht um die Erhaltung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Belange! Es geht darum, ob die Arbeiterpartei noch Geltung haben soll oder nicht! Wir sind uns klar darüber, daß es mit der Abgabe des Stimmzettels am 13. März nicht genug sein kann. Die deutsche und christliche Arbeiterpartei wird auch sonst ihren Mann stellen. (Beifall) (Beifall) Den geht die deutsche christliche Arbeiterpartei Opfer gebracht in der Erkenntnis, daß es um das Gesamtwohl des Volkes geht. Das deutsche Staatschiff ist in Seenot. In einer solchen Situation hat die Mannschaft keine Zeit, an Sonderinteressen zu denken. Dann gibt es nur eine Pflicht, zum Steuermann zu stehen. Brüning hat seine ganze Arbeit auf das Ziel eines allmählichen, aber sicheren Aufstiegs des deutschen Volkes eingestellt. Darum stehen wir treu zu unserem Steuermann. Trotz allem, was auf uns lastet, wollen wir wieder einmal beweisen, daß Deutschlands ärmster Sohn sein getreuester ist!

Minutenlang, langanhaltender Beifall bedachte den Redner für seine überaus klaren und sachlichen, aber gerade wegen ihrer Sachlichkeit so durchschlagenden Ausführungen.

Als Vertreter der konfessionellen Standesvereine nahm Johann noch der

Leiter des Windthorstbundes, Boeser,

das Wort zu recht temperamentvoll vorgetragenen Ausführungen, in denen er zunächst die Anwesenden zur Bestimmung machte angesichts der schweren Entscheidungen, die uns bevorstehen. Man rufe so lechztinnig in das Volk hinein: Lieber ein Ende mit Schreden als ein Schreden ohne Ende! Ein Ende mit Schreden aber sei das Chaos. Darum solle man diese Phrase lassen! Es sei überaus tragisch, wenn man so viele junge Burken Jahr um Jahr ohne Arbeit sehe, während im Reichstag die Rechtsopposition nur Stänkereien mache und sich gar nicht bemühe, an die Beseitigung dieser Not heranzugehen. Wenn das deutsche Volk einzig gewinnen würde, würden wir die schwere Zeit wahrscheinlich schon längst überstanden haben. All das, was uns einig machen könnte, werde nicht erwähnt, nur das, was uns trennen könne. Es sei überaus bedauerlich, wie in gewissen Flugblättern die schwindende Gestalt Hindenburgs bedauert werde. Wisse denn das deutsche Volk nicht mehr, was es Hindenburg verdankt, ihm, der das nach Beendigung des Krieges in Ruhe in die Heimat zurückgeführt habe, der 1925 sich nochmals dem Vaterland zur Verfügung gestellt habe und bis heute in der Pflichterfüllung für Volk und Vaterland aufstehe. Im einzelnen ging der Redner auf das Verhältnis zwischen Hindenburg und Brüning ein, um zum Schluß seiner begeisterten Ausführungen auszurufen: Wir wollen aus der Defensive in den Offensiv übergehen! An die Jugend richte ich den Appell: Es darf am Sonntag in keiner Familie, in keiner Straße ein Wähler zurückbleiben, der zu uns gehört! In jeder Werkstatt, in jeder Familie müsse es in diesen Tagen heißen: Hindenburg, du bist unser Mann, du wirst gewählt! — Möge ihm Gott den Tag schenken, da das deutsche Volk einig in seinen Stämmen, glücklich und zufrieden in seiner Arbeit und in einem Europa des Friedens schauen kann. Das wolle Gott!

Mit starkem Beifall bedachte die Versammlung auch diesen Redner. Da eine Ansprache nicht vorzulegen war, sprach Gewerkschaftssekretär Görtzel das Schlusswort. Vor allem richtete er einen Appell an die Anwesenden, auch diejenigen zur Wahl aufzurufen, die nicht anwesend seien, die vielleicht meinten, es nütze ja doch alles nichts. Am Sonntag komme es auf jede Stimme an! Jeder müsse also daran leben, daß Hindenburg schon gleich im ersten Wahlgang wiedergewählt werde. Die christliche Arbeiterpartei sei von jeder Ruhe und Ordnung im Vaterlande eingetreten. Einmal aber habe auch — und das mögen sich gewisse Elemente merken — die Kirche der christlichen Arbeiterpartei ein Ende und sie werde sich dann schon zu wehren verstehen! (Stürmischer Beifall.)

Mit einem Hoch auf unser geliebtes deutsches Vaterland und auf den verehrten Reichspräsidenten von Hindenburg, in das die Riesenversammlung begeistert einstimmte, war die Kundgebung zu Ende. Als zum Abschluß das Deutschlandlied gesungen wurde, konnte es wieder einmal eine Anzahl Fiesel, die durch ihre Zwischenrufe während der Versammlung sich als Hitleranhänger erwiesen, nicht unterlassen, ihre Kopfdoppelgänger und ihre Kopfdoppelgänger nicht ablegen, gibt es nur eine Stellungnahme gegen ihn!

Und wenn noch 20

neue Marken erscheinen: Man darf eine 3 Pf. Zigarette nicht größer herstellen als CLUB ist, und vor allem — man kann sie nicht besser herstellen

Das Tabakgesetz bestimmt ab einer Gewichtsgrenze für 3 Pf. Zigaretten 1,5 Gramm.



Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...

Wahl...
von...
und...